



Der Minister

Ministerium des Innern NRW, 40190 Düsseldorf

Der Präsident des Landtags NRW
Platz des Landtags 1

40221 Düsseldorf



01. Oktober 2020

Seite 1 von 1

Telefon 0211 871-2616

Telefax 0211 871-3355

Aufstellung des Haushaltsplans für das Haushaltsjahr 2021
Erläuterungsband zum Entwurf des Einzelplans 03

Sehr geehrter Herr Präsident,

als Anlage übersende ich Ihnen 51 Exemplare des Erläuterungsbandes zum Entwurf des Einzelplans 03 zur weiteren Verwendung.

Gleichzeitig werde ich Ihnen den Erläuterungsband elektronisch zusenden.

Mit freundlichen Grüßen


Herbert Reul

Dienstgebäude:
Friedrichstr. 62-80
40217 Düsseldorf

Lieferanschrift:
Fürstenwall 129
40217 Düsseldorf

Telefon 0211 871-01
Telefax 0211 871-3355
poststelle@im.nrw.de
www.im.nrw

Öffentliche Verkehrsmittel:
Rheinbahnlinien 732, 736, 835,
836, U71, U72, U73, U83
Haltestelle: Kirchplatz



Erläuterungen zum Entwurf des Haushaltsplans 2021

Einzelplan 03

Inhaltsverzeichnis

	Seite
I. Überblick über den Einzelplan 03	2
1 Einnahmen	3
2 Ausgaben	4
2.1 Gesamtausgaben	4
2.2 Personalausgaben	6
2.3 Sachausgaben	7
3 Personalhaushalt	9
3.1 Wesentliche Veränderungen bei den Personalausgaben	9
3.2 Wesentliche Veränderungen bei den Planstellen und Stellen	9
3.3 kw-Vermerke	10
3.4 Einstellungsermächtigungen und Ausbildung	12
II. Stellenpläne, Einnahmen und Ausgaben nach Kapiteln	14
03 010 Kapitel Ministerium	15
03 020 Kapitel Allgemeine Bewilligungen	18
03 110 Kapitel Polizei	19
03 130 Kapitel Deutsche Hochschule der Polizei	23
03 310 Kapitel Fünf Bezirksregierungen	24
03 320 Kapitel Aus- und Fortbildungseinrichtungen des Ministeriums des Innern NRW	28
03 350 Kapitel Hochschule für Polizei und öffentliche Verwaltung NRW	30
03 710 Kapitel Feuerschutz und Hilfeleistung	31
03 750 Kapitel Institut der Feuerwehr NRW	32
03 810 Kapitel Geldrenten nach dem Bundesentschädigungsgesetz und sonstige Wiedergutmachungsleistungen	34
03 900 Kapitel Versorgung der Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter des Landes sowie ihrer Hinterbliebenen	35
03 910 Kapitel Versorgung der Beamtinnen und Beamten der Polizeibehör- den und Polizeieinrichtungen des Landes sowie ihrer Hinterbliebe- nen	36

I.

Überblick

über den

Einzelplan 03

Der vorliegende Erläuterungsband bezieht sich auf den Entwurf des Haushaltsplans 2021¹.

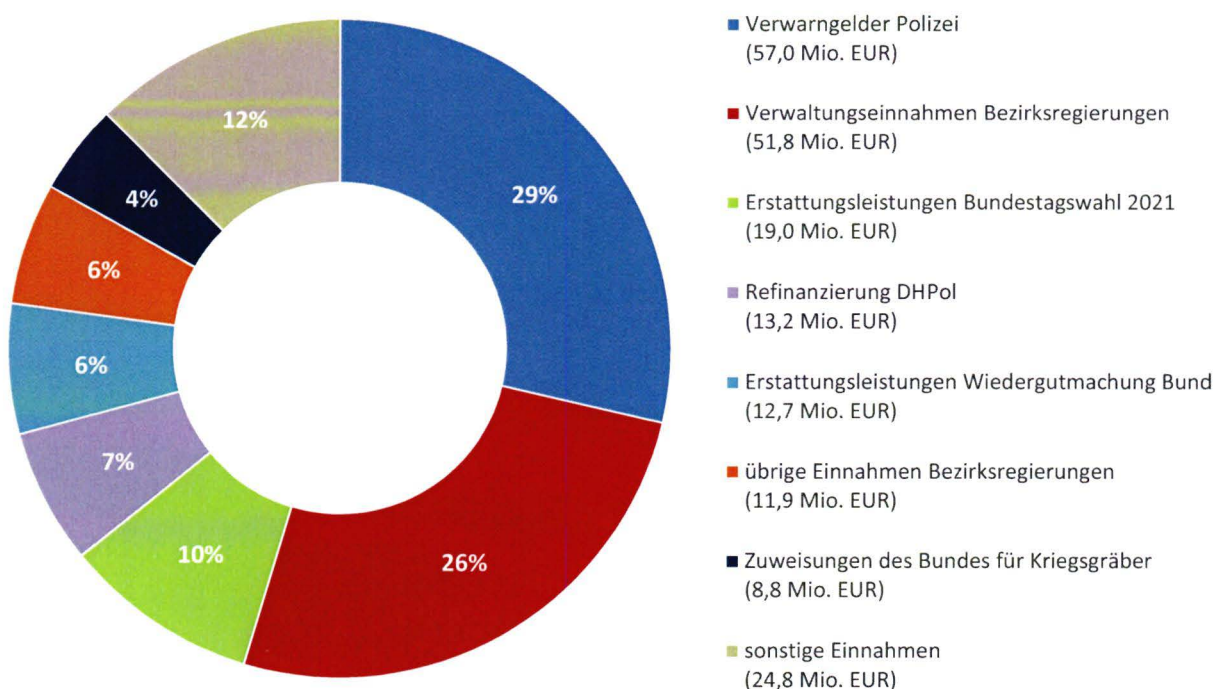
1 Einnahmen

Die Gesamteinnahmen steigen gegenüber dem Vorjahreshaushalt um 17,4 Mio. EUR auf nunmehr **199,2 Mio. EUR**. Grund dafür ist insbesondere die in 2021 zu vereinnahmende Erstattung der Kosten für die Durchführung der Bundestagswahl 2021 (19 Mio. EUR in Kap. 03 010). Darüber hinaus steigen u.a. die Einnahmen in der Titelgruppe Entmunitionierung (+1,2 Mio. EUR, Kap. 03 310) sowie die Zuweisungen für Erlaubnisverfahren nach dem Glücksspielstaatsvertrag (+1,0 Mio. EUR, Kap. 03 010).

Demgegenüber werden in Kap. 03 130 Mindereinnahmen in Höhe von 3,4 Mio. EUR erzielt. Diese beruhen vor allem auf geringeren Erstattungen für Investitionen des Bundes sowie der Träger-Länder (-3,3 Mio. EUR). Die Einnahmen aus der Veräußerung beweglicher Sachen des Instituts der Feuerwehr werden voraussichtlich um 0,7 Mio. EUR sinken, die Erstattung von Entschädigungslasten durch den Bund in Kap. 03 810 um 0,6 Mio. EUR und die Einnahmen aus dem Glücksspielwesen in Kap. 03 310 um 0,5 Mio. EUR.

Die übrigen Einnahmen bewegen sich in etwa auf dem Vorjahresniveau.

Die nachstehende Grafik veranschaulicht die **Einnahmestruktur des Einzelplans (199,2 Mio. EUR)**:



¹ Die Einnahmen und Ausgaben sind auf ein oder zwei Stellen hinter dem Komma gerundet.

2 Ausgaben

2.1 Gesamtausgaben

Das Ausgabevolumen 2021 beträgt **6.417,5 Mio. EUR**, wobei sich die Ansätze der Ausgaben im Einzelplan gegenüber dem Vorjahr um 214,8 Mio. EUR erhöhen.

Gesamtausgaben	2021 Mio. EUR	2020² Mio. EUR	+/-	+/- in v.H.
Einzelplan, hiervon	6.417,51	6.202,74	+214,77	3,46
• Personalausgaben	5.121,23	4.922,73	+198,50	4,03
• Sächliche Verwaltungsausgaben	865,29	838,57	+26,72	3,19
• Zuweisungen und Zuschüsse	133,90	108,30	+25,61	23,64
• Baumaßnahmen und Investitionen	334,93	371,39	-36,46	-9,82
• Besondere Finanzierungsausgaben	-37,84	-38,25	+0,41	1,07

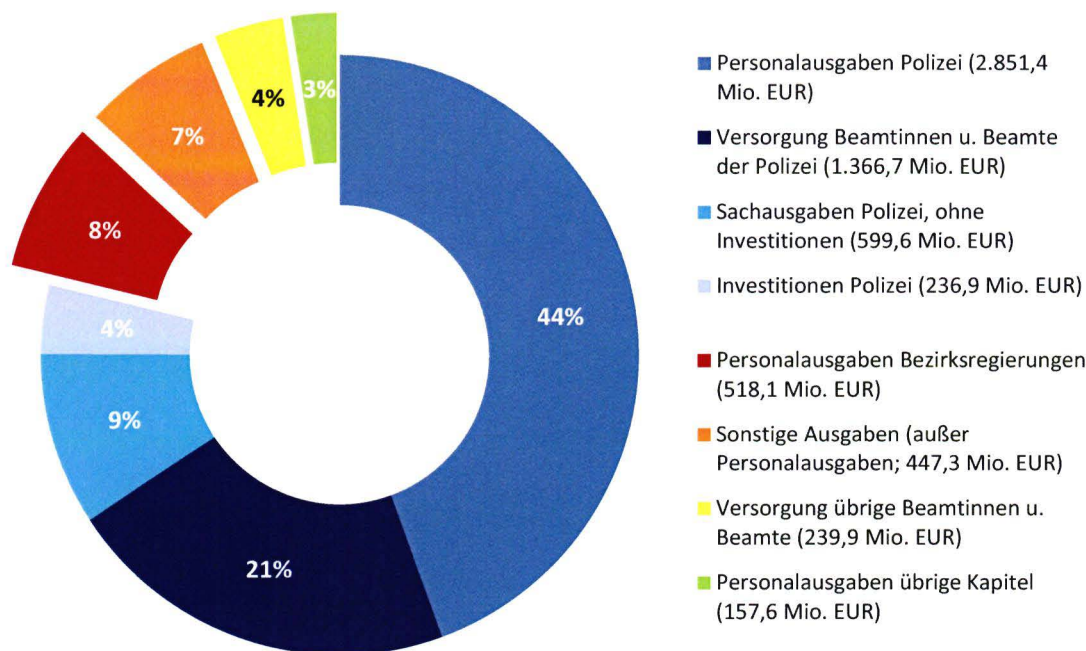
Die Personalausgaben (siehe Nr. 2.2) erhöhen sich dabei um 198,5 Mio. EUR (4,03 Prozent).

Bei den sächlichen Verwaltungsausgaben (Hauptgruppe 5) ist, prozentual gesehen, ein moderater Anstieg von 26,72 Mio. EUR (3,19 Prozent) zu verzeichnen. Die Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse (Hauptgruppe 6) steigen insbesondere aufgrund der Kostenerstattung an die Gemeinden für die Durchführung der Bundestagswahl 2021 (19 Mio. EUR) um 25,61 Mio. EUR (23,64 Prozent; vgl. Erhöhung der Einnahmen aufgrund desselben Sachverhalts). Die Ausgaben für Baumaßnahmen und Investitionen (Hauptgruppen 7 und 8) sinken dagegen um 36,46 Mio. EUR (9,82 Prozent). Die besonderen Finanzierungsausgaben (Hauptgruppe 9) bleiben nahezu gleich.

Im Haushalt 2021 ist eine kapitelübergreifende Globale Minderausgabe in Höhe von 42,8 Mio. EUR zu erbringen.

² Hier: Ausgabensoll 2020 inklusive unterjähriger Umsetzungen nach § 50 Abs. 1 LHO sowie Verlagerungen

Die nachstehende Grafik zeigt eine grobe Übersicht über die **Ausgabenstruktur des Einzelplans (6.417,5 Mio. EUR)**:



Den mit Abstand größten Block stellen die Ausgaben für die Polizei dar. Allein 44 Prozent der Gesamtausgaben entfallen auf die Personalausgaben der Polizei. Gemeinsam mit den Sachausgaben der Polizei (neun Prozent), den Ausgaben für Investitionen der Polizei (vier Prozent) und den Versorgungsausgaben für Beamtinnen und Beamte der Polizei (21 Prozent) sind unmittelbar etwa 78 Prozent der Gesamtausgaben des Einzelplans der Polizei zuzurechnen. Hinzu kommen mittelbar Ausgaben für Investitions-, Sach- und Personalmittel im Bereich der Hochschule für Polizei und öffentliche Verwaltung NRW (HSPV; 1,2 Prozent), die als Ausbildungsinstitut u.a. für Kommissaranwärterinnen und -anwärter einen maßgeblichen Anteil ihrer Ausgaben für die Ausbildung des Polizeinachwuchses einsetzt sowie der vom Land NRW zu tragende Anteil an den Kosten für die Deutsche Hochschule der Polizei (DHPol; 0,3 Prozent).

Bei den übrigen Ausgabenblöcken des Einzelplans sind insbesondere die Personalausgaben der Bezirksregierungen mit etwa acht Prozent der Gesamtausgaben zu erwähnen. Die Versorgungsausgaben für die übrigen Beamtinnen und Beamten belaufen sich auf ungefähr vier Prozent, die Personalausgaben der übrigen Kapitel auf ca. drei Prozent und die sonstigen Ausgaben aller übrigen Kapitel zusammen auf etwa sieben Prozent der Gesamtausgaben.

2.2 Personalausgaben

In der Hauptgruppe 4 sind 198,5 Mio. EUR mehr veranschlagt als im Vorjahr. Im Einzelnen sind folgende Veränderungen zu verzeichnen:

Personalhaushalt	2021 Mio. EUR	An- teile in v.H.	2020 Mio. EUR	+/-	+/- in v.H.
Einzelplan, hiervon	5.121,22	100	4.922,73	+198,49	4,03
• Polizei	2.851,41	55,68	2.782,92	+68,49	2,46
• Versorgung	1.594,15	31,13	1.493,18	+100,97	6,76
• Bezirksregierungen	518,09	10,12	501,37	+16,72	3,33
• Ministerium	81,19	1,59	76,06	+5,13	6,74
• HSPV	50,3	0,98	44,54	+5,76	12,93
• Feuerschutz und IdF	10,74	0,21	9,61	+1,13	11,76
• DHPol	10,68	0,21	10,78	-0,10	-0,93
• Aus- und Fortbildungseinrichtungen	4,66	0,09	4,26	+0,40	9,39

In allen Kapiteln des Einzelplans, mit Ausnahme des Kapitels 03 130 (DHPol), steigen die Personalausgaben. Die größte prozentuale Steigerung gegenüber dem Vorjahr erfahren die Ausgaben für das Institut der Feuerwehr NRW (IdF) sowie die HSPV. Hier kommt es bei beiden zu einer Aufstockung der Planstellen und Stellen (s. u. Erläuterungen zu Kapitel 03 750 bzw. 03 350). Bei der HSPV ist dies unmittelbare Folge aus der Entscheidung zu Mehreinstellungen von Anwärtinnen und Anwärtern bei den Ausbildungsbehörden sowie der Einrichtung des neuen Studiengangs „Verwaltungsinformatik (B.A.)“. Beim IdF dient die Aufstockung insbesondere dem Aufbau eines Standortes zur Kapazitätserweiterung. Die größte Steigerung in absoluten Zahlen wird bei den Versorgungsausgaben vollzogen, die an die erhöhten Ist-Ausgaben und die voraussichtliche Entwicklung angepasst werden. Die Personalausgaben der Polizei steigen gegenüber dem Vorjahr um knapp 68,5 Mio. EUR. Maßgebliche Positionen im Personalhaushalt sind insbesondere 500 weitere Stellen für Regierungsbeschäftigte zur Entlastung des operativen Dienstes, die Übernahme geprüfter Kommissarinnen und Kommissare sowie die Einstellung von 2.760 Kommissaranwärtinnen und -anwärtern. Aber auch die Einrichtung neuer (Plan-)Stellen, insbesondere zur Bekämpfung von Terrorismus, Extremismus, Kindesmissbrauch und Cyberkriminalität, für die Auswertung von Massendaten, zur Gewinnung und Ausbildung qualifizierten Personals sowie zur Umsetzung von Maßnahmen zur Digitalisierung der Polizei, wirken ansetzerhöhend.

2.3 Sachausgaben

Sachhaushalt³	2021 Mio. EUR	Anteil in v.H.	2020 Mio. EUR	+/-	+/- in v.H.
Einzelplan, hiervon	1.296,28	100,0%	1.280,01	+16,27	1,27%
• Polizei	836,60	64,5%	852,56	-15,96	-1,87%
• Bezirksregierungen	185,63	14,3%	184,02	+1,61	0,88%
• Ministerium	118,93	9,2%	86,51	+32,42	37,48%
• Feuerschutz und IdF	95,05	7,3%	93,86	+1,19	1,26%
• Wiedergutmachung	34,19	2,6%	34,99	-0,80	-2,28%
• HSPV	27,92	2,2%	27,47	+0,45	1,62%
• Aus- und Fortbildungseinrichtungen	12,94	1,0%	12,76	+0,18	1,40%
• Allgemeine Bewilligungen ⁴	9,44	0,7%	9,44	+0,00	0,00%
• Versorgung	12,37	1,0%	11,18	+1,19	10,67%
• DHPol	5,96	0,5%	9,98	-4,02	-40,29%
• Globale Minderausgabe	-42,75	-3,3%	-42,75	0,00	0,00%

Im Ministerium ist die erhebliche Steigerung der Ausgaben insbesondere auf die Erstattungen an Gemeinden und Gemeindeverbände für die Durchführung der Bundestagswahl 2021 (+19,0 Mio. EUR), auf Investitionen im IT-Bereich (+7,9 Mio. EUR), den Verfassungsschutz (+1,5 Mio. EUR) und die Prävention Jugendkriminalität (1,8 Mio. EUR) sowie Zuweisungen für die Gemeinsame Glücksspielbehörde der Länder in Sachsen-Anhalt (+1,8 Mio. EUR) zurückzuführen.

Die Verringerung der Ausgaben im Polizeikapitel wird insbesondere durch die Verringerung der Ansätze für den Erwerb von Dienstfahrzeugen (-21,5 Mio. EUR) sowie von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen (-15,2 Mio. EUR) verursacht. Für die Informations- und Kommunikationstechnik sinken die Ausgaben um etwa 13,2 Mio. EUR. Diese resultieren insbesondere aus der Absetzung von Einmalinvestitionen insb. für die Herstellungsbetreuung des technischen Betriebs der Basisinfrastruktur (-6,5 Mio. EUR), der Modernisierung polizeispezifischer Fachanwendungen (-7,3 Mio. EUR) sowie Softwarelizenzen (-6,1 Mio. EUR). Gleichzeitig wird der Ansatz für den Austausch und die Ergänzung polizeilicher Sondertechnik deutlich erhöht (+8,3 Mio. EUR). Mehrausgaben sind u.a. auch für Mieten und Pachten (+11,5 Mio. EUR), die Bewirtschaftung von Grundstücken, Gebäuden und Räumen (+6 Mio. EUR), den Digitalfunk (+3,4 Mio. EUR), die Herrichtung eines Trainingsgeländes einschließlich des Raumkonzepts „Menschenbilder“ (+2,3 Mio. EUR) sowie Sachverständige (+2 Mio. EUR) vorgesehen.

³ „Sachausgaben“ umfassen sämtliche Ausgaben der Hauptgruppen 5 bis 9. Bei den einzelnen Werten wurde auf die jeweils letzte angegebene Nachkommastelle auf- bzw. abgerundet.

⁴ Ohne Globale Minderausgabe

Die erhebliche Verringerung der Sachausgaben bei der DHPol (-4 Mio. EUR) kommt durch notwendige Anpassungen im Liegenschaftsmanagement zustande. Die ursprünglich avisierte Sanierung mehrerer Gebäude der Liegenschaft in Münster-Hiltrup kann nicht wie geplant durchgeführt werden. Stattdessen ist ein Neubau erforderlich. 2021 soll zunächst nur die Planung einschließlich einer Kostenberechnung finanziert werden.

Bei den Bezirksregierungen steigen die Ausgaben leicht an. Zwar sind die Ansätze in der Titelgruppe für Informations- und Kommunikationstechnik (-1,7 Mio. EUR aufgrund der Verlagerung von Haushaltsmitteln für IT-Lizenzen an das MWIDE) sowie für Ersatzvornahmen in der Umweltverwaltung (-2 Mio. EUR) geringer als im Haushaltsplan 2020, jedoch entstehen Mehrausgaben u.a. im Zusammenhang mit Mieten und Pachten (+4,3 Mio. EUR) sowie den Kosten für die Entmunitionierung (+2 Mio. EUR).

Mehrausgaben bei den Aus- und Fortbildungseinrichtungen werden für Informationstechnik sowie höhere Mieten und bei der Fortbildungsakademie des IM zudem für Aus- und Fortbildung veranschlagt.

Die Steigerung der Sachausgaben bei der HSPV ist vor allem auf den Erwerb von Geräten und Ausstattung im Rahmen der Einrichtung des Studiengangs „Verwaltungsinformatik (B.A.)“ zurückzuführen.

Bei den Sachausgaben in den Versorgungskapiteln wurden die Ansätze für die Erstattungen von Versorgungsbezügen an Bund, Länder und Gemeinden an die Ist-Entwicklung angepasst.

Im Kapitel Feuerschutz- und Hilfeleistung sinken die Sachausgaben für Datenverarbeitung (-1,7 Mio. EUR; davon werden jedoch 1,1 Mio. EUR für das satellitengestützte modulare Warnsystem (MoWas) in einen anderen Titel verlagert) und die Verschiebung des Katastrophenschutztages NRW aufgrund der Corona-Pandemie (-1,4 Mio. EUR).

Die Steigerung der Sachausgaben beim Institut der Feuerwehr NRW ist insbesondere auf den Bau eines dezentralen Trainingsgeländes für Feuerwehren (+3,8 Mio. EUR) und die gestiegene Nachfrage nach Lehrgängen und Seminaren (+1,6 Mio. EUR) sowie für den Erwerb von Technik, Software und Ausstattung (+1,1 Mio. EUR) zurückzuführen. Ferner steigen die Kosten für bestandserhaltende Maßnahmen an den Standorten Münster und Telgte (+1,6 Mio. EUR).

3 Personalhaushalt

3.1 Wesentliche Veränderungen bei den Personalausgaben

Ausgaben für aktiv Beschäftigte

Bei den Ausgaben für Dienstbezüge, Entgelte, Beihilfen, Freie Heilfürsorge etc. der aktiv Beschäftigten (Hauptgruppe 4 abzüglich Versorgungskapitel) ergeben sich per Saldo um 97,5 Mio. EUR erhöhte Ansätze.

Ausgaben für Versorgungsempfängerinnen und -empfänger

Die Ansätze für Versorgungsbezüge und Beihilfen für Versorgungsempfängerinnen und -empfänger sind auf Basis der Ausgaben der Vergangenheit sowie steigender Fallzahlen und linearer Verbesserungen nach landeseinheitlicher Vorgabe des Ministeriums der Finanzen berechnet. In der Summe liegen die Ansätze der Versorgungskapitel 03 900 und 03 910 mit 1.594,15 Mio. EUR um 100,97 Mio. EUR höher als im Vorjahr.

3.2 Wesentliche Veränderungen bei den Planstellen und Stellen

Stellenbestand

Gegenüber dem Haushalt 2020 stehen mit 61.228 per Saldo 1.494 Planstellen und Stellen mehr im Entwurf.

- **2.074** Planstellen und Stellen sind **neu** ausgebracht, denen
- **580 entfallende** Planstellen und Stellen (Verlagerung, Umsetzung, Absetzung, kw-Realisierung) gegenüberstehen.

Die nachstehende Tabelle zeigt die Veränderungen in den Kapiteln:

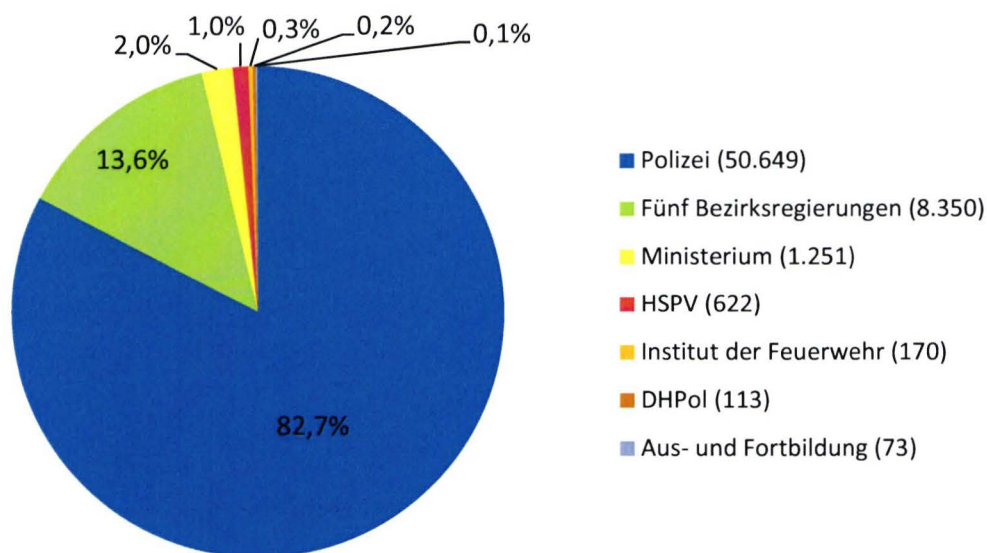
Planstellen und Stellen	2021	2020	Saldo	Neu	davon mit kw-Befruchtung
Einzelplan, hiervon	61.228	59.734	+1.494	2.074	1.367
• Polizei	50.649	49.574	+1.075	1.626	1.112
• Bezirksregierungen	8.350	8.128	+222	238	185
• Ministerium	1.251	1.126	+125	137	69
• HSPV	622	571	+51	53	0
• Institut der Feuerwehr	170	154	+16	16	0
• DHPol	113	113	0	0	1
• Aus- und Fortbildung	73	68	+5	4	0

Neue Planstellen und Stellen

Im Entwurf sind 2.074 **neue Planstellen und Stellen** berücksichtigt. Die Zuordnung der Planstellen und Stellen zu den einzelnen Kapiteln des Einzelplans ist in den jeweiligen Abschnitten in Teil II des Erläuterungsbands dargelegt.

Personalverteilung im Geschäftsbereich

Das folgende Diagramm veranschaulicht, wie sich die Planstellen und Stellen des Einzelplans im Geschäftsbereich verteilen:



3.3 Kw-Vermerke

Mengengerüst

Gegenüber dem Vorjahr ist die Zahl der kw-Vermerke insgesamt von 1.347 um 20 auf 1.367 gestiegen. Hierbei sind:

- 571 kw-Vermerke realisiert,
- per Saldo 7 kw-Vermerke in andere Einzelpläne umgesetzt,
- 3 kw-Vermerke gestrichen (alle im Polizei-Kapitel)
- 601 kw-Vermerke neu ausgebracht, hiervon:
 - 30 im Ministerium; Qualifizierungsklasse
 - 570 bei der Polizei; Übernahmeplanstellen
 - 1 bei den Bezirksregierungen

Es ergeben sich im Einzelnen folgende Veränderungen gegenüber dem Vorjahr:

Kw-Vermerke	2021	2020	Realisiert	Umgesetzt	Gestrichen	Neu	Saldo
Einzelplan, hiervon	1.367	1.347	-571	-7	-3	601	+20
• Polizei	1.112	1094	-553	4	-3	570	+18
• Bezirksregierungen	185	200	-16	-	-	1	-15
• Ministerium	69	52	-2	-11	-	30	+17
• DHPol	1	1	-	-	-	-	-

Bei der Polizei sind 570 Planstellen zur Übernahme von Kommissarinnen und Kommissaren neu etatisiert und mit Fälligkeit zum 31.12.2021 kw gestellt. 553 Planstellen und Stellen entfallen durch die Realisierung von kw-Vermerken, davon 549 Übernahmestellen. Die Umsetzung von vier kw-Vermerken steht in Verbindung mit Stellen für die Qualifizierungsklasse.

Im Kapitel der Bezirksregierungen entfallen insgesamt 16 Planstellen und Stellen durch die Realisierung von kw-Vermerken in unterschiedlichen Bereichen, eine Planstelle im Bereich Kohleausstieg und Strukturwandel ist neu etatisiert und mit Fälligkeit zum 31.12.2024 kw gestellt.

Im Ministerium sind 30 neue Stellen für die Qualifizierungsklasse mit einem kw-Vermerk versehen. Zwölf Stellen entfallen durch Umsetzung, eine Planstelle kommt durch Umsetzung hinzu, zwei wurden realisiert.

Fälligkeiten der kw-Vermerke

Die nachstehende Tabelle gibt die nominellen Fälligkeiten der kw-Vermerke gemäß Haushaltsentwurf bezogen auf die betroffenen Kapitel wieder:

Fälligkeit der kw-Vermerke	Gesamt	unter Vorbehalt	Personegebunden	2021	2022	2023	2024	2025	2026 ff.
Einzelplan, hiervon	1.367	37	15	595	512	85	34	41	48
• Ministerium	69	-	-	-	6	28	5	30	-
• Polizei	1.112	-	15	570	504	18	5	-	-
• DHPol	1	1	-	-	-	-	-	-	-
• Bezirksregierungen	185	36	-	25	2	39	24	11	48

3.4 Einstellungsermächtigungen und Ausbildung

Die Einstellungsermächtigungen und Planstellen für Beamtinnen und Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst (Polizei, Allgemeiner Verwaltungsdienst und spezielle Laufbahnen) sind den Erfordernissen entsprechend etatisiert. Nachstehende Gesamtübersicht veranschaulicht die Einstellungsermächtigungen im Einzelplan:

Kapitel	Einstellungsermächtigungen	2021	2020
Einzelplan		3.642	3.398
• 03 010	Verwaltungsinformatikanwärterinnen und -anwärter	2	2
• 03 110	Kommissaranwärterinnen und -anwärter	2.760	2.560
• 03 110	Regierungsinspektoranzwärterinnen und -anwärter in der Polizei	69	63
• 03 110	Verwaltungsinformatikanwärterinnen und -anwärter	47	50
• 03 310	Verwaltungsreferendarinnen und -referendare	20	20
• 03 310	Regierungsvermessungsreferendarinnen und -referendare	59	59
• 03 310	Verwaltungsinformatikanwärterinnen und -anwärter	45	36
• 03 310	Regierungsvermessungsoberspektoranzwärterinnen und -anwärter	18	17
• 03 310	Regierungsinspektoranzwärterinnen und -anwärter	340	340
• 03 310	Vollzugsoberspektoranzwärterinnen und -anwärter	13	12
• 03 310	Regierungssekretäranzwärterinnen und -anwärter	52	46
• 03 310, TG 70	Regierungsvermessungsoberspektoranzwärterinnen und -anwärter	23	19
• 03 310, TG 71	Umweltreferendarinnen und -referendare	11	16
• 03 310, TG 71	Umweltoberinspektoranzwärterinnen und -anwärter	47	38
• 03 310, TG 72	Referendarinnen und Referendare der Landespflege	6	6
• 03 310, TG 74	Gewerbereferendarinnen und -referendare	10	15
• 03 310, TG 74	Gewerbeoberspektoranzwärterinnen und -anwärter	80	50
• 03 310, TG 74	Gewerbeoberspektoranzwärterinnen und -anwärter	15	24
• 03 310, TG 75	Bergreferendarinnen und -referendare	8	7
• 03 320	Verwaltungsinformatikanwärterinnen und -anwärter	1	-
• 03 350	Verwaltungsinformatikanwärterinnen und -anwärter	-	1
• 03 750	Brandreferendarinnen und -referendare	8	8
• 03 750	Verwaltungsinformatikanwärterinnen und -anwärter	-	1
• 03 750	Brandoberinspektoranzwärterinnen und -anwärter	8	8

TG 70: Agrarverwaltung; TG 71: Umweltverwaltung; TG 72: Naturschutzverwaltung; TG 74: Arbeitsschutz; TG 75: Bergverwaltung.

Zur Gewinnung von mehr Polizei für Vollzugsaufgaben wurden die Einstellungszahlen bereits mit dem Nachtragshaushalt 2017 auf 2.300 und dem Haushalt 2019 auf 2.500 Kommissaranwärterinnen und -anwärter erhöht. Um eine Erhöhung der Personalstärke der Polizei zu erreichen, wurde das Einstellungsniveau im Haushalt 2021 auf nun insgesamt 2.760 Kommissaranwärterinnen und -anwärter angehoben. Dies ist notwendig, da derzeit davon ausgegangen werden muss, dass die Belastung der Polizei in NRW, nicht zuletzt wegen der allgemeinen Terrorlage sowie den wachsenden Aufgaben bei der Bekämpfung der Cyberkriminalität und der Kinderpornografie, weiter ansteigt. Zudem wird die Polizei 47 Verwaltungsinformatikanwärterinnen und -anwärter ausbilden.

Die Bezirksregierungen werden mit 40 Verwaltungsinformatikanwärterinnen und -anwärter (B. A.) vier Personen mehr ausbilden als im vergangenen Jahr, weiterhin werden erstmals fünf Verwaltungsinformatikanwärterinnen und -anwärter (B. Sc.) ausgebildet. Im Ministerium werden zwei weitere, in der Fortbildungsakademie des IM erstmals eine Verwaltungsinformatikanwärterin bzw. ein -anwärter (B. A.) ausgebildet werden.

Wie bereits im Haushalt 2020 werden erneut 340 Einstellungsermächtigungen für Regierungsinspektoranzwärterinnen und -inspektoranzwärter etatisiert. Die Anzahl der im letzten Jahr erstmals bei der Polizei auszubildenden Regierungsinspektoranzwärterinnen und -inspektoranzwärter wird um sechs auf 69 erhöht, um die hohen Bedarfe in den Behörden zu decken. Auch die Anzahl der auszubildenden Regierungssekretäranzwärterinnen und -anwärter (um sechs auf 52), der Gewerbeoberinspektoranzwärterinnen und -anwärter (um 50 auf 80) sowie der Umweltinspektoranzwärterinnen und -anwärter (um neun auf 47) wird zunehmen.

Ebenso erhöht sich die Zahl der Auszubildenden nach dem Berufsbildungsgesetz (BBiG) gegenüber dem Haushaltsjahr 2020 um drei auf 411. Die Stellen sind wie folgt etatisiert: Fünf im Ministerialkapitel, 101 bei der Polizei, 255 bei den Bezirksregierungen, davon 36 in der Titelgruppe 70 – Agrarverwaltung, fünf beim Institut für öffentliche Verwaltung, zehn bei der Hochschule für Polizei und öffentliche Verwaltung und vier beim Institut der Feuerwehr.

Dagegen sinkt die Zahl der Gewerberreferendarinnen und -referendare (um fünf auf zehn) sowie der Gewerbeobersekretäranzwärterinnen und -anwärter (um neun auf 15).

II.

**Stellenpläne, Einnahmen und
Ausgaben nach Kapiteln**

Kapitel 03 010 Ministerium

Stellenplan

	2021	LG 2.2	LG 2.1	LG 1.2	LG 1.1	2020	+/-
Planstellen	939	247	647	45	-	836	+103
Stellen	312	10	81	199	22	290	+22
Gesamt	1.251	257	728	244	22	1.126	+125
<i>ATZ-Planstellen</i>	-	-	-	-	-	-	
<i>ATZ-Stellen</i>	-	-	-	-	-	-	

Im Ministerium werden 100 neue Planstellen und 37 neue Stellen geschaffen. Weitere Veränderungen ergeben sich durch die Umsetzung von Planstellen und Stellen sowie die Realisierung von kw-Vermerken.

Die neu eingerichteten Planstellen und Stellen sind für folgende Fachbereiche vorgesehen:

- 10 (Plan-)Stellen zur Stärkung der Inneren Sicherheit
- 30 (Plan-)Stellen zur Stärkung des Verfassungsschutzes und der Geheim-schutzbeauftragten
- 23 (Plan-)Stellen für die Digitalisierung und die Stärkung der Informations-sicherheit
- 17 Planstellen für die Verbesserung der Informationssicherheit im Ge-schäftsbereich
- 2 Planstellen für das Projekt eRechtsetzung
- 2 Planstellen für den Katastrophenschutz
- 1 Planstelle für die Aufsicht über die HSPV
- 1 Planstelle für die professionelle Personalgewinnung
- 1 Planstelle für BGM/SAP Angelegenheiten
- 20 (Plan-)Stellen für Querschnittsaufgaben
- 30 Stellen für die Qualifizierungsklasse (LQ 24)

Der weitere Planstellenzuwachs erfolgt durch zwei Umsetzungen aus dem Polizeika-pitel, wovon eine bis zum 01.03.2023 befristet ist. Eine weitere Planstelle mit kw-Ver-merk zum 31.12.2023 wurde aus dem Kapitel 14 200 für die Umsetzung des Online-Zugangsgesetzes (OZG) zur Verfügung gestellt.

30 neue Stellen sind zur Übernahme der Absolventinnen und Absolventen der Qualifizierungsmaßnahme für schwerbehinderte Menschen zu Verwaltungsfachangestellten mit kw-Vermerk zum 31.12.2025 eingerichtet. Die Stellen werden den aufnehmenden Behörden/Einrichtungen längstens bis zum 31.12.2025 zusätzlich zur Verfügung gestellt. Spätestens ab dem 01.01.2026 sind die Angestellten dann auf Stellen der jeweiligen Verwaltung zu führen.

Die Umsetzung von insgesamt zwölf Stellen für Absolventinnen und Absolventen der Qualifizierungsmaßnahme für schwerbehinderte Menschen (LQ 22 und LQ 23) in andere Kapitel/Einzelpläne, die Realisierung von zwei kw-Vermerken sowie die befristete Umsetzung einer Stelle bis zum 31.12.2022 ins Polizeikapitel und die Stellenumsetzung zur Beschäftigung von Flüchtlingen in das Kapitel der Aus- und Fortbildungseinrichtungen verringern wiederum das Stellen-Soll.

Einnahmen und Ausgaben

	2021	2020	+/-	in v.H.
Einnahmen	34.365.600	14.103.000	+20.262.600	143,7
Ausgaben	200.128.100	162.574.100	+37.554.000	23,1
• Personalausgaben	81.194.900	76.063.800	+5.131.100	6,7
• Sachausgaben	118.933.200	86.510.300	+32.422.900	37,5

Die Einnahmen steigen insbesondere aufgrund der Veranschlagung der Erstattungen des Bundes für die Durchführung der Bundestagswahl 2021 um ca. 19 Mio. EUR. Die weiteren Einnahmesteigerungen sind u.a. bei den Ansätzen für die sonstigen Zuweisungen von Ländern aufgrund der Umstellung des Konzessionsverfahrens im Sportwettenbereich sowie für die Kostenerstattungen für das Projekt „Notruf-App“ durch die beteiligten Länder veranschlagt.

Die Personalausgaben sind nach den Vorgaben des Ministeriums der Finanzen berechnet und berücksichtigen die vorgenannten Stellenveränderungen.

Im Saldo erhöhen sich die Sachausgaben um ca. 32,4 Mio. EUR. Wesentliche Einzelpositionen sind die Erstattungen an die Gemeinden und Gemeindeverbände für die Durchführung der Bundestagswahl 2021 (+19 Mio. EUR), Investitionen und Beschaffungen im IT Bereich (+7,9 Mio. EUR), Ausgaben für die gemeinsame Glücksspielbehörde der Länder (Ratifizierung des Glücksspielstaatsvertrages; +1,8 Mio. EUR), Investitionen u.a. zur Extremismusbekämpfung im Bereich des Verfassungsschutzes (+1,5 Mio. EUR) sowie der weitere Ausbau des Präventionsprogramms Jugendkriminalität „Kurve kriegen“ (+1,8 Mio. EUR).

Dagegen sind aufgrund der Absetzung der Mittel für die Durchführung der Kommunalwahl (-0,4 Mio. EUR) sowie Mittelumsetzungen für IT-Anwendungen in andere Kapitel/Einzelpläne (-0,5 Mio. EUR) sinkende Ansätze vorgesehen.

Im Einzelnen kommt es zu folgenden wesentlichen Veränderungen:

- Kostenerstattung Durchführung der Bundestagswahl (+19,0 Mio. EUR)
- Informations- und Kommunikationstechnik (+7,9 Mio. EUR)
- Verfassungsschutz (+1,5 Mio. EUR)
- Prävention Jugendkriminalität, insbesondere „Kurve kriegen“ (+1,7 Mio. EUR)
- Projekt „Notruf-App“ (+0,35 Mio. EUR) - überwiegend einnahmefinanziert
- Personalgewinnung in der Allgemeinen Inneren Verwaltung (+0,2 Mio. EUR)
- Anpassung des Zuschusses für die Deutsche Universität für Verwaltungswissenschaften sowie das Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung Speyer (+0,1 Mio. EUR)
- Sonstige Zuweisungen an Länder (Glücksspielstaatsvertrag; +1,8 Mio. EUR)
- Kommunalwahlen 2020 (-0,4 Mio. EUR)
- Mittelumsetzungen für IT-Anwendungen (-0,5 Mio. EUR)
- Umsetzung der Digitalstrategie NRW (-0,1 Mio. EUR)

Kapitel 03 020 Allgemeine Bewilligungen

Einnahmen und Ausgaben

	2021	2020	+/-	in v.H.
Einnahmen	-	-	-	-
Ausgaben	-33.316.800	-33.316.800	-	-
● Personalausgaben	-	-	-	-
● Sachausgaben	-33.316.800	-33.316.800	-	-
davon Globale Minderausgabe	-42.752.800	-42.752.800	-	-

Das Kapitel 03 020 ist im Zuge der Umstellung des Einzelplans 03 auf EPOS.NRW bereits weitgehend aufgelöst. Mit dem Haushalt 2021 besteht das Kapitel lediglich noch aus einem Verstärkungstitel für Instandhaltungen und den Soforthilfen zur Milderung von Notständen durch Elementarereignisse sowie der Globalen Minderausgabe.

Im Haushalt 2021 ist eine kapitelübergreifende Globale Minderausgabe in Höhe von 42,75 Mio. EUR zu erbringen.

Kapitel 03 110 Polizei

Stellenplan

	2021	LG 2.2	LG 2.1	LG 1.2	LG 1.1	2020	+/-
Planstellen	41.608	792	40.816	-	-	41.323	+285
Stellen	9.041	144	3.638	4.982	277	8.251	+790
Gesamt	50.649	936	44.454	4.982	277	49.574	+1.075

<i>ATZ-Planstellen</i>	1	-	1	-	-	1	-
<i>ATZ-Stellen</i>	-	-	-	-	-	-	-
<i>Vorbereitungsdienst</i>	8.042	-	8.042	-	-	7.213	+829
<i>Auszubildende</i>	101	-	-	-	-	101	-

Bei den Planstellen werden 549 kw-Vermerke zum 31.12.2020 planmäßig realisiert (nicht mehr erforderliche Übernahmestellen für ausgebildete Kommissaranwärterinnen und -anwärter). Weitere Reduzierungen des Planstellen-Solls resultieren aus insgesamt fünf Umwandlungen von Planstellen in Tarifstellen sowie aus drei Umsetzungen in das Ministerialkapitel, eine davon befristet bis zum 01.03.2023. Des Weiteren wurden drei kw-Vermerke für die Zentrale Verbindungsstelle gestrichen sowie die kw-Vermerke der 500 Planstellen für die Lebensarbeitszeitverlängerung bis zum 31.12.2022 verlängert.

Im Tarifbereich ist ein befristeter Zugang von insgesamt fünf Stellen aus dem Ministerialkapitel u.a. durch Umsetzungen von Stellen der Qualifikationsklasse LQ 23 zu verzeichnen. Eine Verringerung des Stellen-Solls entsteht durch die Realisierung von vier kw-Vermerken von Stellen der Qualifikationsklasse LQ 20. Außerdem wurde der kw-Vermerk der fünf Verbindungsstellen bis zum 31.12.2023 prolongiert.

Daneben sieht der Haushaltsentwurf folgende neue Planstellen und Stellen für die genannten Aufgaben vor:

- 785 Übernahme von Kommissarinnen und Kommissaren, davon 570 Planstellen mit kw-Vermerk zum 31.12.2021
- 500 Regierungsbeschäftigte zur Entlastung von Polizeivollzugspersonal gemäß Koalitionsvertrag
- 55 Operative Stärkung der Terrorbekämpfung
- 30 Digitale Asservate
- 34 Stärkung der Aus- und Fortbildung am LAFP NRW
- 19 Polizeiärztlicher Dienst
- 57 Querschnittsaufgaben in den ZA Bereichen
- 46 Bekämpfung von Kindesmissbrauch

- 25 Verbesserung der Früherkennung sowie Auswertung und Analyse des islamistischen- und Rechtsterrorismus
- 18 Personalauswahl und -betreuung
- 17 Bekämpfung von Cyberkriminalität
- 15 Attraktivitätssteigerung der Polizei als Arbeitgeber
- 12 Entwicklung von Spezialtechnik
- 11 Personalrekrutierung im LAFP NRW
- 2 Beteiligung der Polizei NRW an „Polizei 2020“

Einnahmen und Ausgaben

	2021	2020	+/-	in v.H.
Einnahmen	66.584.500	66.609.500	-25.000	0,0
Ausgaben	3.688.011.400	3.635.474.700	+52.536.700	1,4
• Personalausgaben	2.851.406.800	2.782.919.500	+68.487.300	2,5
• Sachausgaben	836.604.600	852.555.200	-15.950.600	-1,9

Einnahmen

Gegenüber dem Vorjahr ist - abgesehen von einer unwesentlichen Reduzierung im Bereich der Erstattung von Verwaltungskosten der Länder - keine Veränderung vorgesehen.

Personalhaushalt

Die Personalausgaben sind nach den Vorgaben des Ministeriums der Finanzen berechnet und berücksichtigen die vorgenannten Stellenveränderungen.

Sachhaushalt

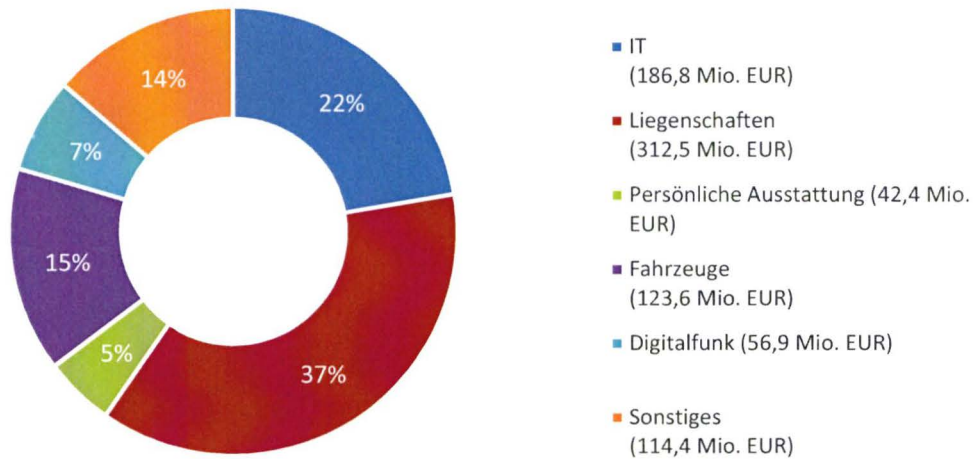
Für die Sachausgaben werden im Haushaltsjahr 2021 insgesamt 836,6 Mio. EUR veranschlagt. Dieser Verfügungsrahmen unterschreitet den Vorjahreswert um 16 Mio. EUR.

- Investitionen

Die Ansätze für den Erwerb von Dienstfahrzeugen (-21,5 Mio. EUR) sowie von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen (-15,2 Mio. EUR) werden abgesenkt.

- Informations- und Kommunikationstechnik
Für die Informations- und Kommunikationstechnik werden geringere Ausgaben in Höhe von etwa 13,1 Mio. EUR geplant. Diese resultieren insbesondere aus geringeren Ansätzen für die Herstellungsbetreuung für den technischen Betrieb der Basisinfrastruktur (-6,5 Mio. EUR), der Modernisierung polizeispezifischer Fachanwendungen (-7,3 Mio. EUR) sowie Softwarelizenzen (-6,1 Mio. EUR). Gleichzeitig wird der Ansatz für den Austausch und die Ergänzung polizeilicher Sondertechnik deutlich erhöht (+8,3 Mio. EUR).
- Polizei 2020
Das Land investiert weiterhin in das Programm „Polizei 2020“. Es zielt auf die Harmonisierung der IT-Lösungen der Polizeien des Bundes und der Länder und wird die länderübergreifende Kooperation verbessern. Hierfür sind 8,6 Mio. EUR (+4,2 Mio. EUR) veranschlagt.
- Liegenschaften
Zur Finanzierung dringender Vorhaben im Bereich der polizeilichen Liegenschaften sind rund 21,4 Mio. EUR ansatzverstärkend vorgesehen. Diese setzen sich zusammen aus der Inanspruchnahme von Verpflichtungsermächtigungen sowie der Anpassung der Mietzahlungen an den BLB. Zusätzliche Bedarfe ergeben sich aus notwendigen Sanierungsmaßnahmen baulich abgängiger Gebäude oder Neuansmietungen. In diesem Zusammenhang werden auch Mittel für die Ausstattung neuer Dienststellen nach Um- bzw. Neubaumaßnahmen und die Beauftragung externer Berater für die rechtssichere Durchführung von Vergabeverfahren bereitgestellt. Zudem steht für notwendige Sanierungs- und Neuansmietungsmaßnahmen eine neue Verpflichtungsermächtigung über 300 Mio. Euro zur Verfügung, deren Fälligkeit ab 2026 beginnt.
- Mehrkosten für Sachverständige
Der Ansatz für Sachverständige wird um zwei Mio. EUR angehoben. Grund ist das im Jahr 2021 in Kraft tretende Justizvergütungs- und Entschädigungsgesetz (JVEG), das eine erhebliche Anhebung der Vergütung für Sachverständige, Übersetzungen sowie Dolmetscherinnen und Dolmetscher vorsieht.
- Mehrbedarf Kraftstoff für neue Funkstreifenwagen
Aufgrund von Neuanschaffungen steigt der Bedarf an Kraftstoffen. Hierfür wurde der Ansatz um 2,7 Mio. EUR erhöht.
- Digitalfunk TG 61
Die Ansätze steigen um 3,4 Mio. EUR auf insgesamt 55,1 Mio. EUR. Anschaffungen aus dem Vorjahr wurden auf 2021 ff. verschoben. Insgesamt bleibt die Planung im Rahmen der genehmigten Haushaltsunterlage.

Sachausgaben (836,6 Mio. EUR)



Kapitel 03 130 Deutsche Hochschule der Polizei

Stellenplan

	2021	LG 2.2	LG 2.1	LG 1.2	LG 1.1	2020	+/-
Planstellen	35	19	13	3	-	35	-
Stellen	78	13	10	39	16	78	-
Gesamt	113	31	23	42	16	113	-

Einnahmen und Ausgaben

	2021	2020	+/-	in v.H.
Einnahmen	14.281.700	17.677.000	-3.395.300	-19,2
Ausgaben	16.639.400	20.756.800	-4.117.400	-19,8
• Personalausgaben	10.680.600	10.776.500	-95.900	-0,9
• Sachausgaben	5.958.800	9.980.300	-4.021.500	-40,3

Die Finanzierung der DHPol wird gemäß Artikel 5 Absatz 4 des Abkommens über die Deutsche Hochschule der Polizei vom Bund und den Ländern gemeinsam getragen.

Im Personalhaushalt führt die Absenkung der Bezüge der abgeordneten Beamtinnen und Beamten (-0,5 Mio. EUR) im Saldo mit der Besoldungs- und Tariferhöhung zu niedrigeren Personalausgaben.

Den Schwerpunkt bei den Sachausgaben liegt darauf, dass die dringend erforderliche Sanierung mehrerer Gebäude der Liegenschaft in Münster-Hiltrup nicht so vorgenommen werden kann, wie ursprünglich geplant. Es ist nun ein Neubau mit Gesamtkosten i.H.v. voraussichtlich 8,9 Mio. EUR notwendig. Im Haushaltsjahr 2021 soll zunächst nur die Planung einschließlich einer Kostenberechnung finanziert werden, um dann auf dieser Grundlage die Durchführung der Baumaßnahme beauftragen zu können. Der Ansatz wurde daher um ca. 4 Mio. EUR abgesenkt und eine Verpflichtungsermächtigung für 2022 aufgenommen. Des Weiteren ist aufgrund der gestiegenen Studierendenzahlen für bestimmte Veranstaltungen des Masterstudiengangs ab dem Jahr 2022 die Anmietung von 43 zusätzlichen Appartements erforderlich. Für diese Anmietung ist ebenfalls eine Verpflichtungsermächtigung in den Haushalt eingestellt worden.

Der Haushaltsentwurf sieht außerdem bei den Ausgaben für drittmittelfinanzierte Projekte eine Erhöhung um insgesamt 134.400 EUR vor, denen in gleicher Höhe zweckgebundene Einnahmen gegenüberstehen.

Kapitel 03 310 Fünf Bezirksregierungen

Stellenplan

	2021	LG 2.2	LG 2.1	LG 1.2	LG 1.1	2020	+/-
Planstellen	4.990	1.282	2.886	817	5	4.801	+189
Stellen	3.360	71	1.545	1.656	88	3.327	+33
Gesamt	8.350	1.353	4.431	2.473	93	8.128	+222
Davon							
Stammkapitel	5.412	953	2.535	1.831	93	5.238	+174
Titelgruppen gesamt	2.938	400	1.896	642	0	2.890	+48
TG 60 (Entmunitionierung)	88	7	46	35	-	88	-
TG 63 (Zust. Stelle gem. Pflegeberufegesetz)	50	10	30	10		50	-
TG 65 (UfA Büren)	136	6	11	119	-	105	+31
TG 70 (Agrarverwaltung)	369	37	215	117	-	369	-
TG 71 (Umweltverwaltung)	992	184	749	59	-	983	+9
TG 72 (Naturschutzverw.)	62	17	44	1	-	57	+5
TG 74 (Arbeitsschutzverw.)	602	65	398	139	-	602	-
TG 75 (Bergverwaltung)	78	25	47	6	-	78	-
TG 76 (vormals Förderstelle integrative Beschulung)	7	-	1	6	-	7	-
TG 77 (vormals Landesstelle Schulsport)	1	-	-	1	-	1	-
TG 80 (Vermessung/Kataster)	337	37	218	82	-	337	-
TG 81 (Kompetenzzentrum Integration)	57	4	18	35	-	54	+3
TG 83 (Landessammelstelle für radioaktive Abfälle)	5	-	2	3	-	5	-
TG 84 (Versorgungsverw.)	154	8	117	29	-	154	-
ATZ-Planstellen	-	-	-	-	-	-	-
ATZ-Stellen	-	-	-	-	-	-	-
Vorbereitungsdienst	1.742	230	1347	165	-	1.512	+230
Auszubildende	277	-	-	-	-	275	+2

Im Kapitel der Bezirksregierungen werden mit dem Haushaltsentwurf 2021 insgesamt 16 Planstellen und Stellen abgesetzt sowie 238 Planstellen und Stellen geschaffen. Die abgesetzten Planstellen und Stellen verteilen sich wie folgt:

- 2 abgesetzte Planstellen mit kw-Vermerk zum 31.12.2020 "Asylbereich"
- 3 abgesetzte Planstellen mit kw-Vermerk zum 31.12.2020 "Umbau Schullandschaft"
- 5 abgesetzte Planstellen mit kw-Vermerk zum 31.12.2020 "Abwicklung Förderungen Krankenhausstrukturfonds"
- 2 abgesetzte Planstellen mit kw-Vermerk zum 31.12.2020 "Programm gute Schule"

- 3 abgesetzte Stellen mit kw-Vermerk zum 31.12.2020 „Qualifizierungsklasse (LQ 20)“
- 1 abgesetzte Stelle mit kw-Vermerk zum 01.08.2020 „Asylbereich“

Neue Planstellen und Stellen wurden ausgebracht für:

- 2 Neue Planstellen für Glücksspiel, Geldwäsche (IM)
- 5 Neue Planstellen für Generalisten für Digitale Bildung (MSB)
- 32 Neue Planstellen und Stellen für Digitalisierung (MSB)
- 8 Neue Planstellen für Stärkung Ersatzschulen (MSB)
- 4 Neue Planstellen für Novellierung Aufstiegs-Bafög (MSB)
- 6 Neue Planstellen für Beschleunigung der Anerkennung von Bildungsabschlüssen (FEG-Offensive; MSB)
- 8 Neue Planstellen für Lehrer werben und einstellen (MSB)
- 4 Neue Planstellen für Widerspruchsverfahren im Schwerbehindertenrecht (MAGS)
- 8 Neue Planstellen für Generalistik Pflegebereich (MAGS)
- 48 Neue Planstellen und Stellen für die Zentrale Anerkennungsbehörde für Gesundheitsberufe (MAGS)
- 8 Neue Planstellen für Krankenhausstrukturfonds und -einzelförderung (MAGS)
- 8 Neue Planstellen für Arzneimittelüberwachung (MAGS)
- 21 Neue Planstellen und Stellen für kürzere Verfahren durch engere fachliche Begleitung der Antragsteller (MULNV)
- 1 Neue Planstelle für Gentechnik Zulassung (MULNV)
- 12 Neue Planstellen und Stellen für Kohleausstieg und Strukturwandel (MWIDE), davon 1 Planstelle kw 31.12.2024
- 1 Neue Planstelle für bergbauliche Altlasten (MWIDE)
- 3 Neue Planstellen und Stelle für die Integrationsoffensive (MKFFI)
- 7 Neue Planstellen und Stellen für Luftsicherheit (VM)
- 5 Neue Planstellen für die Förderung der Radinfrastruktur; bedarfsgerechten Ausbau der Verkehrsinfrastruktur (VM)
- 8 Neue Stellen für die landesweite Scanstelle (FM)
- 8 Neue Planstellen für Heimatförderung (MHKBG / MULNV)
- 31 Neue Planstellen und Stellen für den Betrieb des Ausreisegewahrsams Düsseldorf (MKFFI)

Die Anzahl der beabsichtigten Neueinstellungen für Beamtinnen und Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst steigt von 705 Einstellungsermächtigungen auf 747. Damit werden 2021 insgesamt 1.742 Beamtinnen und Beamte im Vorbereitungsdienst bei den Bezirksregierungen eingestellt sein.

Aussagen zu den kw-Vermerken bei den Bezirksregierungen finden sich im allgemeinen Teil des Erläuterungsbandes unter Nr. 3.3.

Einnahmen und Ausgaben

	2021	2020	+/-	in v.H.
Einnahmen	63.675.100	62.211.000	+1.464.100	2,4
Ausgaben	703.726.900	685.393.200	+18.333.700	2,7
• Personalausgaben	518.092.700	501.372.600	+16.720.100	3,3
• Sachausgaben	185.634.200	184.020.600	+1.613.600	0,9

Die Einnahmen erhöhen sich um knapp 1,5 Mio. EUR.

Hauptsächlich resultiert die Erhöhung der Einnahmen aus einer steigenden Auftragslage (+1,2 Mio. EUR) im Bereich der operativen Kampfmittelüberprüfung (Titel 281 60). Weiterhin steigt die Erstattung der Verwaltungskosten der Zentralen Stelle gem. § 26 Abs. 6 S. 1 Pflegeberufegesetz um 0,5 Mio. EUR (Titel 119 14). Auch wurde der Ansatz des Titels 119 12 (Einnahmen der Scanstelle Detmold) um 393.000 EUR sowie der Ansatz des Titels 381 00 (Erstattung von Dienstbezügen aus Kapitel 03 710, Titel 981 10 (Feuerschutz und Hilfeleistung)) aufgrund der Hebung zweier Planstellen um 26.100 EUR erhöht.

Demgegenüber wurde der Titel 111 55 (Gebühreneinnahmen im Zusammenhang mit dem Glücksspielwesen) um 0,5 Mio. EUR sowie der Titel 111 80 (Gebühren und tarifliche Entgelte im Vermessungs- und Katasterwesen, Grundstückswertermittlung) um 155.000 EUR abgesenkt.

Personalhaushalt

Die Personalausgaben sind nach den Vorgaben des Ministeriums der Finanzen berechnet und berücksichtigen die vorgenannten Stellenveränderungen sowie die Erhöhung der Arbeitgeberanteile, eine Indexierung der Beihilfe- sowie der Fürsorgeleistungen.

Sachhaushalt

Die Ausgaben für den Sachhaushalt sind gegenüber dem Vorjahr um 1,6 Mio. EUR gestiegen. Im Wesentlichen handelt es sich dabei um folgende Veränderungen:

- Nachsorge und Sanierung der Sonderabfalldeponie Ochtrup (+280.000 EUR)
- Absenkung des Titels 547 71 (nicht teilbare sächliche Verwaltungsausgaben) um 2 Mio. EUR aufgrund einmalig benötigter Haushaltsmittel für eine vorgenommene Ersatzvornahme im Haushaltsjahr 2020
- Eine steigende Anzahl an Bombenfunden führt zu höheren Betriebskosten im Munitionszerlegebetrieb (MZB) Hünxe (+439.000 EUR)
- Absenkung des Titels 717 60 (Zerlegetechnik - Modernisierung MZB Hünxe - 3. Bauabschnitt) aufgrund von Abschlussarbeiten auf 0 EUR (-208.500 EUR)
- Steigende Auftragslage im Bereich der operativen Kampfmittelüberprüfung (vergl. Erhöhung der Einnahmen bezüglich der Erstattungen in diesem Bereich) (+1,7 Mio. EUR)
- Absenkung des Titels 511 90 (Geschäftsbedarf sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für die Datenverarbeitung) um ca. 1,7 Mio. EUR durch Verlagerung nach Kapitel 14 200 für EA-Landesvertrag mit Microsoft (Lizenzen)
- Im Titel 518 04 (Mieten und Pachten an den Bau- und Liegenschaftsbetrieb NRW) +2,3 Mio. EUR für Sanierungsmaßnahmen inklusive Indexierungen
- Der Titel 518 65 (Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude, Räume, Geräte, Maschinen und Fahrzeuge) wird um 2 Mio. EUR angehoben für die Anmietung und Einrichtung des Ausreisegewahrsams Düsseldorf
- Absenkung des Titels 812 65 um ca. 1,2 Mio. EUR (nach erfolgter Beschaffung einer Haftraumkommunikationsanlage im Haushaltsjahr 2020)

Kapitel 03 320 Aus- und Fortbildungseinrichtungen des Ministeriums des Innern NRW

Titelgruppe 60 Institut für öffentliche Verwaltung Nordrhein-Westfalen und Landesprüfungsamt für Verwaltungslaufbahnen

Stellenplan

Titelgruppe 60	2021	LG 2.2	LG 2.1	LG 1.2	LG 1.1	2020	+/-
Planstellen	11	2	9	-	-	9	+2
Stellen	23	144	7	10	6	22	+1
Gesamt	34	146	16	10	6	31	+3

Zur Erhöhung der Qualität der Lehre sowie aufgrund der Erhöhung der Einstellungszahlen werden im Institut für öffentliche Verwaltung Nordrhein-Westfalen zwei neue Planstellen zur Einstellung hauptamtlicher Lehrender ausgebracht.

Eine zusätzliche Stelle wird aus dem Kapitel 03 010 (Ministerialkapitel) zur Beschäftigung von Flüchtlingen in der Landesverwaltung verlagert.

Einnahmen und Ausgaben

	2021	2020	+/-	in v.H.
Einnahmen	86.600	94.600	-8.000	-8,5
Ausgaben	4.851.400	4.659.400	+192.000	4,1
• Personalausgaben	2.199.900	1.936.300	+263.600	13,6
• Sachausgaben	2.651.500	2.723.100	-71.600	-2,6

Mangels Einsatzes von Bundesfreiwilligendienstleistenden erfolgt keine Erstattung, so dass im Einnahmebereich bei Titel 282 60 keine Einnahmen mehr veranschlagt werden (-8.000 EUR).

Der Sachhaushalt erhöht sich bei Titel 538 60 (Ausgaben für Informationstechnik) um 62.800 EUR aufgrund der Verlagerung von Haushaltsmitteln für die Lehrgangsoftware Antrago von Kapitel 03 010 nach Kapitel 03 320. Zudem führt die Mietindexsteigerung zu einer weiteren Erhöhung. Zur Gegenfinanzierung der beiden neuen Planstellen wird der Titel 525 60 (Aus- und Fortbildung) um 136.800 EUR abgesenkt.

Kapitel 03 320 Aus- und Fortbildungseinrichtungen des Ministeriums des Innern NRW

Titelgruppe 61 Fortbildungsakademie des Ministeriums des Innern NRW

Stellenplan

Titelgruppe 61	2021	LG 2.2	LG 2.1	LG 1.2	LG 1.1	2020	+/-
Planstellen	14	6	7	1	-	13	+1
Stellen	25	1	20	4	-	24	+1
Gesamt	39	7	27	5	0	37	+2

Im Haushaltsjahr 2021 werden eine neue Planstelle und eine neue Stelle für Querschnittsaufgaben ausgebracht.

Neu ist die Ausbringung einer Einstellungsermächtigung sowie einer Stelle für Beamtinnen und Beamten auf Widerruf im Vorbereitungsdienst. Diese Einstellungsermächtigung ist für eine/-n Verwaltungsinformatikanwärtin/-er (B. A.) vorgesehen.

Weiterhin werden sechs Hebungen von Laufbahngruppe 1.2 nach Laufbahngruppe 2.1 vorgenommen. Die Hebungen erfolgen budgetneutral.

Einnahmen und Ausgaben

	2021	2020	+/-	in v.H.
Einnahmen	193.000	129.800	+63.200	48,7
Ausgaben	12.748.100	12.355.700	+392.400	3,2
• Personalausgaben	2.460.500	2.323.700	+136.800	5,9
• Sachausgaben	10.287.600	10.032.000	+255.600	2,5

Der Ansatz für die Erstattung der Seminarkosten von Lehrgangsteilnehmenden wird um 63.200 EUR erhöht.

Der Sachhaushalt erhöht sich bei Titel 538 61 (Ausgaben für Informationstechnik) um 65.400 EUR aufgrund der Verlagerung von Haushaltsmitteln aus Kapitel 03 010 für die Lehrgangsssoftware Antrago sowie bei Titel 525 61 (Aus- und Fortbildung) um 142.200 EUR. Zudem führt die Mietindexsteigerung zu einer weiteren Erhöhung.

Kapitel 03 350 Hochschule für Polizei und öffentliche Verwaltung Nordrhein-Westfalen

Stellenplan

	2021	LG 2.2	LG 2.1	LG 1.2	LG 1.1	2020	+/-
Planstellen	452	368	76	8	-	424	+28
Stellen	170	6	48	116	-	147	+23
Gesamt	622	374	124	124	0	571	+51
<i>ATZ-Planstellen</i>	0	0	0	0	0	0	-

Für die HSPV werden insgesamt 53 neue Planstellen und Stellen für Lehre und Verwaltung bereitgestellt. Davon werden zwei durch Absetzungen kompensiert.

24 Planstellen und Stellen werden für den Studiengang Verwaltungsinformatik (B.A.) geschaffen. Aufgrund der weiterhin steigenden Studierendenzahlen wird zudem die Verwaltung mit 27 Planstellen und Stellen verstärkt.

Einnahmen und Ausgaben

	2021	2020	+/-	in v.H.
Einnahmen	27.700	27.700	-	-
Ausgaben	78.216.100	72.011.200	+6.204.900	8,6%
• Personalausgaben	50.299.900	44.539.900	+5.760.000	12,9%
• Sachausgaben	27.916.200	27.471.300	+444.900	1,6%

Die Erhöhung des Personalhaushalts ergibt sich aus der oben beschriebenen Ausweitung des Stellensolls. Zudem steigen die Ansätze für nebenamtliche Dozentinnen und Dozenten sowie für Fürsorge- und Beihilfeleistungen.

Bei den Sachausgaben ist der Anstieg vor allem auf die anfallenden Kosten für den Studiengang Verwaltungsinformatik (B.A.) zurückzuführen. Die Haushaltsmittel im Bereich der Miittitel wurden abgesenkt, um diese an die tatsächlichen Bedarfe für Mietausgaben anzupassen. Insgesamt trägt die Anhebung der Ansätze in den Sachausgaben einem erhöhten Aufwand durch eine weiterhin steigende Studierendenzahl Rechnung. Weiterhin wurden Haushaltsmittel für die Lehrgangsoftware Antrago von Kapitel 03 010 nach Kapitel 03 350 verlagert.

Kapitel 03 710 Feuerschutz und Hilfeleistung

Einnahmen und Ausgaben

	2021	2020	+/-	in v.H.
Einnahmen	380.000	380.000	-	-
Ausgaben	67.893.600	78.453.000	-10.559.400	-13,5
• Personalausgaben	141.000	126.000	+15.000	11,9
• Sachausgaben	67.752.600	78.327.000	-10.574.400	-13,5

Hinsichtlich der Einnahmen ergeben sich keine Änderungen.

Bei den Personalausgaben wurde die Aufwandsentschädigung der Bezirksbrandmeister und -meisterinnen an die jeweilige Besoldungs- und Tarifierhöhung angepasst.

Die Landeszuschüsse an Gemeinden zur Förderung des Feuerschutzes und der Hilfeleistung (Titel 883 10) errechnen sich aus dem geschätzten Aufkommen aus der Feuerschutzsteuer i.H.v. rund 104 Mio. EUR abzüglich der übrigen aus den Mitteln der Feuerschutzsteuer finanzierten Ausgaben des Kapitels 03 710 sowie den Zuschüssen ans Institut der Feuerwehr (Kapitel 03 750). Der Ansatz beträgt unter Einbeziehung der Einnahmen des Kapitels 03 710 rund 25,57 Mio. EUR. Dies sind rund 7,9 Mio. EUR weniger als der Vorjahresansatz. Diese starke Absenkung ist auf den erhöhten Zuschussbedarf des Instituts der Feuerwehr zurückzuführen, da dort nun umfangreiche Bau- und Sanierungsmaßnahmen eingeplant wurden. Für den Haushaltsvollzug wird jedoch faktisch mit Zuschüssen i.H.v. rund 39 Mio. EUR geplant. Der Differenzbetrag wird durch verfügbare Ausgabereste getragen.

Weitere wesentliche Einzelpositionen bei der Senkung der Sachausgaben sind die Datenverarbeitung (-1,7 Mio. EUR, davon werden jedoch 1,1 Mio. EUR für das satelliten-gestützte modulare Warnsystem (MoWas) in einen anderen Titel verlagert), die Verschiebung des Katastrophenschutztages NRW aufgrund der Corona-Pandemie (-1,4 Mio. EUR) sowie die Verschiebung der Veranschlagung der Messe PMRExpo in das Kapitel 03 750 (-0,5 Mio. EUR).

Kapitel 03 750 Institut der Feuerwehr NRW

Stellenplan

	2021	LG 2.2	LG 2.1	LG 1.2	LG 1.1	2020	+/-
Planstellen	121	36	76	9	-	107	+14
Stellen	49	2	16	22	9	47	+2
Gesamt	170	38	92	31	9	154	+16
<i>Vorbereitungsdienst</i>	33	16	17	-	-	33	-
<i>Auszubildende</i>	13	-	-	-	-	12	+1

Insgesamt werden sechzehn neue (Plan-)Stellen für das Institut der Feuerwehr NRW eingerichtet: Neun Planstellen sind für den Aufbau eines Standortes zur Kapazitätserweiterung gemäß Masterplan vorgesehen. Die weiteren fünf Planstellen sind für die Kfz-Beschaffung, die Freistellung für PR/SBV/GSB, die Umsetzung eines prüfungsfreien Aufstiegs gem. § 14 LVOFeu sowie die Personal-/Vergabestelle vorgesehen. Die zwei zusätzlichen Tarifstellen sind für den IT-Bereich und eine Küchenhilfskraft eingeplant.

Einnahmen und Ausgaben

	2021	2020	+/-	in v.H.
Einnahmen	1.404.000	2.093.000	-689.000	-32,9
Ausgaben	37.890.400	25.020.000	+12.870.400	51,4
• Personalausgaben	10.596.500	9.488.500	+1.108.000	11,7
• Sachausgaben	27.293.900	15.531.500	+11.762.400	75,7

Bei den Einnahmen ist die einmalige Veräußerung von Fahrzeugen (-0,7 Mio. EUR) aus dem Vorjahr wieder abgesetzt worden.

Die Personalausgaben sind nach den Vorgaben des Ministeriums der Finanzen berechnet und berücksichtigen die oben genannten Änderungen im Stellenplan sowie die Besoldungs- und Tariferhöhung.

Beim Sachhaushalt erhöht sich der Ansatz, da das Institut der Feuerwehr seine Kapazitäten ausbaut, um die steigende Nachfrage nach Lehrgängen und Seminaren bedienen zu können.

Die Ansatzerhöhungen bei den konsumtiven Sachausgaben (Hauptgruppe 5) ergeben sich im Wesentlichen aus dem Mehraufwand für die externen Fortbildungsveranstaltungen (+1,6 Mio. EUR) und den mit der Steigerung des Lehrangebots am Institut der

Feuerwehr NRW verbundenen personellen und materiellen Ressourcen für die Kapazitätserweiterung (+1,8 Mio. EUR) gemäß Masterplan.

Bei den investiven Sachausgaben (Hauptgruppe 7 und 8) sind umfangreiche Ansatzserhöhungen in den Haushalt eingebracht worden. Hierbei sind die Kosten für bestands-erhaltende Maßnahmen an den Standorten Münster und Telgte (+1,6 Mio. EUR), die notwendige Sanierung des Gebäudes A4 (0,7 Mio. EUR) und insbesondere die Planungs-, Beschaffungs-, Erschließungs- und Bebauungskosten für ein neues dezentrales Trainingsgelände „Süd“ (+3,8 Mio. EUR) ausgebracht worden.

Des Weiteren sind umfangreiche Beschaffungen für den Fuhrpark (+0,7 Mio. EUR) sowie der Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen für die Bereiche Informationstechnik, Lehre und Lernen sowie Digitalfunk und Leitstelle (+1,1 Mio. EUR) ansatzerhöhend berücksichtigt worden.

Kapitel 03 810 Geldrenten nach dem Bundesentschädigungsgesetz und sonstige Wiedergutmachungsleistungen

Einnahmen und Ausgaben

	2021	2020	+/-	in v.H.
Einnahmen	12.667.400	13.308.500	-641.100	-4,8
Ausgaben	34.193.900	34.989.500	-795.600	-2,3

Die Erstattungen von Entschädigungslasten durch den Bund werden an die Entwicklung der Ausgaben angepasst.

Die Geldrenten nach dem Bundesentschädigungsgesetz an Empfängerinnen und Empfänger werden an die voraussichtliche Ist-Entwicklung angepasst.

Kapitel 03 900 Versorgung der Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter des Landes sowie ihrer Hinterbliebenen

Einnahmen und Ausgaben

	2021	2020	+/-	in v.H.
Einnahmen	2.997.200	2.698.800	+298.400	11,1
Ausgaben	239.863.800	233.964.000	+5.899.800	2,5
• Personalausgaben	235.517.600	230.052.500	+5.465.100	2,4
• Sachausgaben	4.346.200	3.911.500	+434.700	11,1

Die Personalausgaben im Versorgungsbereich erhöhen sich aufgrund der Berechnung des Ministeriums der Finanzen unter Berücksichtigung der voraussichtlichen Veränderung der Zahl der Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger sowie der Tarif- und Besoldungserhöhung.

Die durch die Versorgung der Beamtinnen und Beamten des Instituts der Feuerwehr NRW entstehenden Ausgaben (Kapitel 03 750) sind in den Deckungskreis der zweckgebundenen Einnahmen aus der Feuerschutzsteuer einbezogen. Gleiches gilt für die in den Kapiteln 03 010 und 03 310 für Aufgaben der Gefahrenabwehr etatisierten Planstellen.

Im Sachhaushalt wurden die Erstattungen von Versorgungsbezügen an Bund, Länder und Gemeinden an die Ist-Entwicklung angepasst.

Kapitel 03 910 Versorgung der Beamtinnen und Beamten der Polizei- behörden und Polizeieinrichtungen des Landes sowie ihrer Hinterbliebenen

Einnahmen und Ausgaben

	2021	2020	+/-	in v.H.
Einnahmen	2.549.200	2.476.400	+72.800	2,9
Ausgaben	1.366.662.600	1.270.404.400	+96.258.200	7,6
• Personalausgaben	1.358.636.100	1.263.131.600	+95.504.500	7,6
• Sachausgaben	8.026.500	7.272.800	+753.700	10,4

Die Personalausgaben im Versorgungsbereich sind auf Basis der Berechnung des Ministeriums der Finanzen unter Berücksichtigung der voraussichtlichen Veränderung der Zahl der Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger sowie der Tarif- und Besoldungserhöhung ermittelt.

Bei den Sachausgaben sind die Ansätze für Erstattungen von Versorgungsbezügen an Bund, Länder und Gemeinden an die Ist-Entwicklung angepasst.

Ministerium des Innern
des Landes Nordrhein-Westfalen

Friedrichstr. 62-80
40217 Düsseldorf

Telefon 0211 871-01
Telefax 0211 871-3355

poststelle@im.nrw.de
www.im.nrw

